

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

zunächst darf ich der Kämmerei - ungeachtet meiner nachfolgenden kritischen Anmerkungen zum Haushaltsentwurf 2019/2020 - meinen Dank für die Aufstellung des Haushaltes aussprechen.

Allerdings ^{wird} kann ich als Vertreterin der NPD dem Haushalt auch in diesem Jahr nicht zustimmen. Zu viele Positionen der Ausgabenseite sind das Resultat einer verfehlten Politik in Bund und Land, die nunmehr auf die Kreise, Städte und Gemeinden zurückschlägt und auch den Rhein-Sieg-Kreis hiervon nicht verschont.

Grundsatz nationaldemokratischen Wollens ist, dass das Handeln politisch verantwortlicher Organe sich in erster Linie am Interesse und am Wohle der einheimischen Bevölkerung orientieren muss. Damit sind auch alle Ausgaben öffentlicher Stellen und somit auch die Haushalte des Kreises daran zu messen, ob diese Ausgaben den Interessen und dem Wohle der einheimischen Bevölkerung zugutekommen.

Dies gibt dieser Haushalt nicht her. Auch, wenn das Zahlenwerk äußerlich einen im Vergleich zu anderen Kreishaushalten passablen Eindruck macht und die kreisangehörigen Gemeinden ihr Einvernehmen hergestellt haben, darf doch nicht übersehen werden, dass die Haushaltslage insgesamt keinen Grund zur Begeisterung gibt.

Dafür hat die Kanzlerin dieser Republik mit ihrem Anhang gesorgt. Schließlich wird auch dieser Kreishaushalt wieder unter den unterschiedlichsten Positionen mit Ausgaben belastet, die der Flüchtlingssunami ausgelöst hat. Die hierdurch verursachten Kosten werden dem Steuerzahler und damit jedem einzelnen Bewohner auch des Rhein-Sieg-Kreises auferlegt.

Ob es um Wohnraum, Erstausrüstung, Sozialhilfe, Sprach- und Integrationsförderung, Kitaplätze oder die Kosten für Sicherheit auf Straßen und Plätzen geht, durch den Zuwachs an Menschen, die keinen Aufenthaltstitel in unserem Land zu erwarten haben, werden Kosten erzeugt. Diese Kosten müssen von jenen Bürgerinnen und Bürgern gestemmt werden, die teils mit Zweit- und Drittjobs zum volkswirtschaftlichen Ertrag durch direkte und indirekte Steuern sowie gemeindlichen Abgaben und Gebühren beitragen. Eine Entlastung des Einzelnen kann aber nur dann erfolgen, wenn die Ausgaben des Gemeinwesens sich auf das beschränken, was seine Aufgabe ist. Die Alimentierung von Armutszuwanderer aus allen Teilen der Welt ~~und~~ einschließlich der Folgekosten, kann den Bürgerinnen und Bürgern jedoch nicht auferlegt werden.

Ich möchte hierzu einige Beispiele nennen:

So sollen auch in diesem Haushalt wieder Mittel für die Abteilung Kommunales Integrationszentrum mit der Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund in Ansatz gebracht werden – 50.000 Euro pro Haushaltsjahr sind hierfür veranschlagt.

Das Land unterstützt diesen Betrieb bereits mit einem Personalkostenzuschuss in Höhe von 320.000 Euro sowie weitere Fördermittel, die insgesamt etwas über 400.000 Euro erreichen - pro Haushaltsjahr.

Ein weiteres Beispiel: In den geplanten Haushaltspositionen finden sich Beträge für Schutzangebote für Frauen im Rhein Sieg Kreis sowie Hilfe für Frauen in Not wie das Programm „Luisa ist hier?“ - ein Hilfsangebot für Frauen in Kneipen. Diese Positionen sind zu hinterfragen. Eine Vielzahl der Schutzangebote wird offeriert, weil durch den stetig sich vermehrenden Zufluss von Menschen mit einem kulturellen Hintergrund, in dem Frauen keinen Wert besitzen, diese sich nicht mehr gleichberechtigt und frei in der Gesellschaft und der Öffentlichkeit bewegen können.

~~Eine~~ weitere Einsparungsmöglichkeiten dürfte sich bei den Mitgliedschaften des Rhein-Sieg-Kreises in Vereinen und Ähnlichem ergeben. Wieso dem Verein Kurdische Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V. eine Strukturförderung in erheblicher Höhe zu Teil werden soll, erschließt sich zum Beispiel mir nicht.

Zudem wird erneut eine Kostensteigerung für Personal im Haushalt ausgewiesen. Bereits im Jahr 2017 betrug die Steigerung im Kostenansatz 11 %. Nunmehr soll noch eine Schippe draufgelegt werden. Auch hier darf man davon ausgehen, dass diese finanzielle Aufwendungen eher weniger mit Aufgaben zusammenhängen, die bei einer homogeneren Bevölkerung in diesem Ausmaß anfallen würden.

Eine weitere Position, die eingespart werden kann und als Folge einer absolut verfehlten Politik unter dem Schlagwort Gender den Haushalt belastet ist die Förderung von Kontaktstellen für Jugendliche verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identität. Mit 20.000 Euro soll ein schwul-lesbisch-trans Jugendzentrum unterstützt werden. Diese Position kann meiner Ansicht nach ersatzlos gestrichen werden. Wenn die Bildungsanstalten dieses Landes wie Kitas und Grundschulen die Entwicklung einer eigenen sexuellen Identität der Kinder zulassen würden, statt unsere Kinder mit nicht altersgerechten sexuellen Unterrichtsinhalten zu belasten, dann würde man solche Einrichtungen auch in einer Anzahl benötigen die der Relation der tatsächlichen Problemfälle entspricht.

Aus nationaldemokratischer Sicht sind Gelder zum Nutzen des eigenen Volkes zu verwenden. Hierbei sind insbesondere die aus den diversen Gründen sozial oder gesundheitlich Benachteiligten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu berücksichtigen. Deshalb befürworte ich eine Entlastung der Tafeln des Rhein-Sieg-Kreises bei den Entsorgungsgebühren der Tafeln. Es ist völlig inakzeptabel, dass der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration sich hier verweigert hat. Es gibt eine Reihe von Positionen die eingespart oder ersatzlos zu Gunsten dieser Unterstützung der Ärmsten unseres Gemeinwesen gestrichen werden könnten.

Bei einer solchen Gesamtbetrachtung muss ich als nationaldemokratische Vertreterin diesen Haushalt somit ablehnen.